



## Initiative „Gutes Aufwachsen mit Medien“

Digitale Medien prägen die Lebenswelt von Kindern wie in keiner Generation zuvor. Die Kinderrechte auf Förderung, Teilhabe und Schutz zu verwirklichen, bedeutet deswegen heute, ihnen ein gutes Aufwachsen mit Medien zu ermöglichen. Die erste Verantwortung tragen dabei die Eltern. Ihre Aufgabe ist angesichts der fortschreitenden medialen Veränderungen nicht einfach: Sie wollen ihren Kindern die Chancen des Internets für Bildung, Freizeit und Freundschaften eröffnen und wissen, dass ein souveräner Umgang mit Medien heute immer früher zu einer Schlüsselkompetenz und notwendigen Kulturtechnik wird. Andererseits wissen sie, immer häufiger aus eigenem Erleben, dass digitale Medien auch Risiken bergen, vor denen sie ihre Kinder schützen wollen. Immer neue Angebote und Dienste im Internet werden dabei für Kinder wichtig, so dass Eltern Mühe haben, mit den Vorlieben ihrer Kinder Schritt zu halten und es ihnen kaum möglich ist, Angebote zeitnah zu bewerten.

Während bei jüngeren Kindern altersgerechte Angeboten im Vordergrund stehen, kommen bald Regeln und Vereinbarungen zu Nutzungszeiten und -dauer und über einen vorsichtigen Umgang mit eigenen und fremden persönlichen Daten hinzu. Sobald Kinder eigene digitale Wege gehen, wollen Eltern ihren Kindern Ansprechpartner bei Problemen bleiben, etwa bei Cybermobbing, Belästigungen und Inhalten, die Kinder überfordern.

Für diese Anforderungen erwarten Eltern Unterstützung von Politik und Medienanbietern – und zwar als praktisch wirksame Hilfen im Familienalltag. Und sie haben auch klare Vorstellungen, worin diese Unterstützung bestehen soll:

- Leicht zugängliche und anbieterunabhängige Informationsangebote für Eltern.
- Stärkung der Informations- und Beratungsfunktion von Schulen und außerschulischen Bildungsorten, zunehmend auch von Kitas.
- Übertragung von bekannten Orientierungshilfen aus der Offline-Welt in die digitale Welt.
- Einfache Schutzooptionen für Geräte und Online-Plattformen und gute Kindermedien
- Eine bessere Durchsetzung des Jugendmedienschutzes im Internet

Es geht den Eltern also um ein verlässliches Gesamtsystem aus Schutz und Befähigung. Die Hürden für ein solches System sind jedoch hoch: Schutzkonzepte aus der Offline-Welt lassen sich in ein internationales Medium wie das Internet nur sehr begrenzt transferieren – wegen der Fülle von Inhalten, aber auch, weil es neben den Inhalten immer früher um Kommunikationsangebote geht. Um Eltern zu unterstützen, existieren zahlreiche Beratungs- und Informationsangebote, die aber ihre Zielgruppen in immer noch zu geringem Umfang erreichen. Und was in einer konkreten Frage – etwa bei Belästigungserfahrungen, beim zu vertrauensvollen Umgang mit den eigenen Daten oder bei der Nutzung riskanter Plattformen – der richtige Rat und wer die richtigen Ansprechpartner, ist vielfach unklar.

Mit einer Initiative „Gutes Aufwachsen mit Medien“ können Bund, Länder, Kommunen und Unternehmen gemeinsam Verantwortung dafür übernehmen, dass Eltern ihre Erziehungsverantwortung auch im digitalen Zeitalter wahrnehmen können. Das Bundesfamilienministerium bringt hierfür seine Zuständigkeiten ein: Einerseits im gesetzlichen Jugendmedienschutz – also bei den Anbieterpflichten –, andererseits im erzieherischen Kinder- und Jugendschutz – also bei der Medienkompetenzförderung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern.

Handlungsfelder einer solchen Initiative sind vor allem:

1. **Informationsangebote zielgerichtet ausbauen und sichtbar machen:** Als BMFSFJ wollen wir unsere Informationsangebote unter ein neues, wiedererkennbares Dach stel-

len und die Themen und Hilfestellungen gemeinsam mit Eltern und Kindern kontinuierlich weiter entwickeln. Gemeinsam mit Partnern wollen wir dafür sorgen, dass die Angebote aktuell gehalten, Lücken geschlossen und Synergien genutzt werden, damit Medienerziehung auf einer guten Grundlage erfolgt und eine digitale Ungleichheit bei der Fähigkeit, Risiken einzuschätzen und Chancen zu nutzen, vermieden wird.

2. **Verlässliche Beratung für Familien stärken:** Für Fachkräfte in Jugendhilfe, Kitas und Schulen werden wir ein Servicebüro bereitstellen, das Informationen zu medialen Entwicklungen aus Forschung und Praxis aufbereitet und Austauschmöglichkeiten z.B. in Online-Konferenzen schafft. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Erfahrungen aus Projekten nutzen und Lokale Netzwerke für ein gutes Aufwachsen mit Medien anstoßen. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir diskutieren, welche Konsequenzen sich für die Familienberatung daraus ergeben, dass auch Eltern Beratung zunehmend online in Anspruch nehmen.
3. **Kinder- und Jugendschutz ab Werk („safety by design“) und gute Kindermedien:** Bund, Länder und Unternehmen können in einem „Entwicklungsfonds Jugendmedienschutz“ dafür sorgen, dass Kinder-Tools und Jugendschutzprogramme zu einem international anschlussfähigen System weiterentwickelt werden, das zum Standard bei allen von Kindern genutzten Geräten werden kann. Denn gerade bei jüngeren Kindern erwarten Eltern, dass es ihnen die Technologie und gute Kinderangebote erleichtern, ihren Kindern einen guten Start ins Netz zu ermöglichen. Zahlreiche Projekte des BMFSFJ – die Suchmaschine Blinde Kuh, der KinderServer, eine Kinder-Startseite, ein Beratungsangebot für Kinderseiten u.a.m. – sollen dies fördern. Für ältere Kinder stehen nutzerautonome Jugendschutzprogramme zur Verfügung, die aber bisher kaum verbreitet sind. Dieses System bedarf eines Neustarts, der mitwachsenden Schutz im Kindesalter gewährleistet und dazu alle verfügbaren Schnittstellen nutzt.
4. **Kohärenter Kinder- und Jugendmedienschutz in allen Mediensparten:** Im nationalen Jugendmedienschutzrecht steht immer noch die Bewertung von statischen deutschen Inhalten im Zentrum, obwohl sich die Nutzung längst hin zu Kommunikations- und Interaktionsangeboten verschoben hat. Aber selbst bei den Inhalten sind die Grenzen eines nach Verbreitungswegen differenzierenden Systems von unterschiedlichen Zuständigkeiten auf Landes- und Bundesebene mit Smartphones in jeder Kinderhand und mit Smart-TV erreicht. Bund und Länder stehen deshalb gemeinsam in der Pflicht, einen kohärenten gesetzlichen Rahmen zu schaffen, um den Schutz an die sich weiter verändernden Nutzungs- und Angebotsentwicklungen anzupassen, ohne grundlegende Qualitätsstandards preiszugeben. Zu einer solchen Modernisierung wird der Bund, im Einklang mit dem Koalitionsvertrag und parallel zur Novellierung des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages der Länder, mit einer Novellierung des Jugendschutzgesetzes beitragen.
5. **Interessen von jungen Nutzerinnen und Nutzern in Europa vertreten:** Gerade internationale Plattformen sind bei Kindern besonders beliebt. Um eine Verantwortungsgemeinschaft für Gutes Aufwachsen mit Medien zu erreichen, reicht deshalb ein nationales Vorgehen nicht mehr aus. Die EU hat mit dem „Safer Internet Programm“ und ihrer Strategie „Better Internet for Kids“ Entwicklungen vorangetrieben und Selbstverpflichtungen der Branchen organisiert. Mit einer europäischen Konferenz am 16./17. April 2015 in Berlin wollen wir den nächsten Schritt gehen: Eine Roadmap „netchildren2020“ soll die Perspektive der Kinder als Verbraucher, als Zielgruppe von Schutz und als Bürgerinnen und Bürger in einer digitalen Welt in Europa in den Mittelpunkt stellen und eine Verständigung über Aufgaben von Politik, Zivilgesellschaft und Unternehmen im gesetzlichen, erzieherischen und technischen Jugendmedienschutz ermöglichen.